



Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Schleichers neues Kabinett

Die Papen-Minister bleiben — Moellendorff Arbeitsminister?

Papen erledigt

Schleicher kommt — Der Kurs bleibt

Die endgültige Ernennung des Kabinetts Schleicher wird für Sonnabend, spätestens Montag erwartet. Die Änderungen gegenüber dem Kabinett Papen sollen noch geringfügiger sein, als zunächst angenommen wurde. Es sollen lediglich der Reichsinnenminister und der Reichsarbeitsminister ausgetauscht werden, selbst der Ernährungsminister Freyler von Braun soll auf seinem Posten bleiben.

Als Reichsinnenminister wird nach wie vor Herr Bracht genannt. Das würde die Übertragung der reaktionären Politik Brachts in Preußen auf das ganze Reich bedeuten, eine Fortsetzung des Papen-Kurses im Innenministerium. Herr Bracht, der Mann vom 20. Juli Reichsinnenminister — das ist eine eindeutige Festlegung des Kurses.

Für das Reichsarbeitsministerium sind mehrere Kandidaten genannt worden. Am Freitagmorgen hat Schleicher die Führer der christlichen und freien Gewerkschaften um ihre Auffassung über mehrere Persönlichkeiten befragt, die für das Reichsarbeitsministerium kandidieren. Nicht in Frage kommen für dieses Amt die in

der Öffentlichkeit genannten christlichen Gewerkschaftler Stegerwald und Olte, der neue Schlichter von Berlin Professor Bräun und der Schlichter für Westfalen Jöken. Einer der aussichtsreichsten Kandidaten für das Arbeitsministerium ist der bekante Planwirtschaftler und frühere Mitarbeiter Wisfels, Prof. v. Moellendorff.

Industriesorgen um Papen-Programm

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Köln, 2. Dezember.

Die „Kölnische Ztg.“ begrüßt den Reichskanzlerkandidaten von Schleicher mit dem Ruf: „Der richtige Mann“, für dessen Beauftragung sie sich schon vor einigen Tagen trotz mancher Bedenken eingesetzt habe.

Diese Bedenken liegen, so führt das Blatt aus, auf wirtschaftlichem Gebiet, wie der Brief Leiparts an v. Schleicher zeigt: „Schleicher hat den Gewerkschaften, soweit bekannt ist, eine Erfüllung ihrer Forderungen zwar nicht versprochen und, wir glauben auch, daß er die Forderungen gar nicht erfüllen kann, wenn

er nicht das eingeleitete Wirtschaftsprogramm in Befehl bringen will. Immerhin hat er aber die Gewerkschaften durch den Empfang ihrer Führer zu einem solchen Vorstoß ermutigt und der Brief zeigt, was es nach sich zieht, wenn man in dem Ruf eines „Staatssozialisten“ steht. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß General v. Schleicher jetzt das Ziel der verschiedensten Staatssozialisten benutzte und planwirtschaftliche Vorschläge machen wird. Es kommt deshalb darauf an, daß das von Schleicher zu bildende Kabinett eine Zusammensetzung erhält, die Gewähr dafür bietet, daß der von Papen eingeleitete Wirtschaftskurs nicht wieder unterbrochen wird, denn eine Unterbrechung des begonnenen Wirtschaftsprogramms würde die schwerwiegendsten Folgen haben. An den Grundlinien des Wirtschaftsprogramms darf nichts geändert werden.“

Nazis schwören eine Tolerierung ab

Die Pressestelle der NSDAP teilt mit, daß die NSDAP jegliche Tolerierung des Kabinetts von Schleichers klar und unzweideutig in Uebereinstimmung mit ihrer bisherigen Haltung ablehne.

In den letzten Tagen — es konnte sich kaum günstiger treffen — ist ein Buch zur Verherrlichung Papens und des Papen-Kurses erschienen. Sein Verfasser Walter Schotte schmückt seine eigene Darstellung mit goldenen Worten aus dem Mund des bisherigen Reichskanzlers und eines davon lautet: „Nur der ohne Zeitbegrenzung Berufene kann — schwach wie der Mensch ist — wahrhaftig unabhängig sein und handeln.“

Es darf dahingestellt bleiben, ob Herr von Papen unter den Berufenen den vom Reichspräsidenten Ernannten verstand, oder ob er, der ja überhaupt gern von seiner Verantwortung vor Gott redete, an eine Art von himmlischer Berufung dachte, jedenfalls hat er erkennen müssen, daß auch die Berufung „ohne Zeitbegrenzung“ ein verhältnismäßig schnelles Ende finden kann. Und wenn sein literarischer Propagandacheff es an anderer Stelle begrüßt, daß der Reichskanzler Kavallerist sei, das heißt, einen Typ darstelle, den wir brauchten, so sind sich wohl beide, der Sänger wie der Besungene, nicht vollständig im klaren über die Gefahren der Herrenreiterei gewesen. Das Raß kann boden und an Hürden kann man stürzen. Bei Herrn von Papen ist es so weit. Eine Krise, die an Wirrwarr, an Kulissenintrigen, an bewußten Irreführungen der Öffentlichkeit nicht zu überbieten war, hat mit der Verabschiedung des „Berufenen“ geendet. Die „neue Staatsführung“, als deren Propheten und Helden er sich ausgab, hat einen schweren moralischen Stoß erlitten.

Die Unabhängigkeit, deren sich der Kanzler rühmte, war eine halbe Selbsttäuschung. Schon vom ersten Anfang an begab er sich selber freiwillig in den Dienst bestimmter Interessentengruppen, und als er dann, um von den Fesseln der Parteien frei zu werden, an das Volk appellierte, lehnte ihm dieses Volk einschließlich jener Interessentengruppen ab. Daß ein paar seiner bisherigen Minister sich ihm verлагten, war nicht das Entscheidende. Die öffentliche Meinung und nicht zuletzt der Widerpruch, den die Arbeiterklasse gegen ihn erhob, haben dem Kavalleristen den Hals gebrochen, und es half ihm auch nichts, daß sich noch im letzten Moment der Berliner Polizeipräsident schützend vor ihn stellte und die sozialdemokratische Kritik ins Eisen zu legen drohte.

Das eben ist das Erfreuliche an dem Ausgang der Krise: es hat sich herausgestellt, daß man sich selbst wenn der Reichstag lahmgelegt ist, doch nicht einfach über die Stimmungen und den Willen der Wähler hinwegzusetzen vermag. Ein Staat wie Deutschland kann nicht nach italienischen und russischen Methoden verwaltet werden. Die Staatsform der parlamentarischen Demokratie mag durch die Schuld von Parteien, die sich die Diktatur zum Ziel gesetzt haben, schwer erschüttert sein, aber daß das Vertrauen des Reichspräsidenten nicht genügt, um einen Kanzler am Ruder zu halten, hat sich deutlich erwiesen.

Nur freilich bedeutet die Befestigung Papens nicht die Rückkehr zu den Zuständen, die dem Sinn und Geist der Weimarer Verfassung entsprachen. Ein „Präsidentalkabinett“ wird durch ein anderes abgelöst. An die Spitze des neuen soll Herr von Schleicher treten und wenn wir den einen Mann mit großer Benützung scheiden sehen, so heißt

Schleicher, ein Charakterbild

Von Nicolo M

Als am 1. Juni die Nachricht kam, ein gewisser Franz von Papen sei Reichskanzler geworden, haben sich die ältesten Kunden erstaunt an und fragten: „Ja, wer ist denn das eigentlich?“ Bei Kurt von Schleicher wird niemand diese Frage stellen, der auch nur von ferne her in die deutsche Politik hineingeraten hat. Er kennt alle, und alle kennen ihn.

Seit dem Herbst 1918 hat es kaum ein politisches Ereignis gegeben, bei dem sich nicht dieser Kopf irgendwo vom Hintergrunde abgehoben hätte. Erst ganz unten im Gefolge der großen Herren, dann immer weiter in den Vordergrund tretend, jetzt ganz vorne an der Spitze. Der kleine Major aus der königlichen Armee hat in der Republik eine fabelhafte Karriere gemacht.

Er verdankt sie zum großen Teil dem General Groener, der bis vor wenigen Monaten nicht nur sein Vorgesetzter, sondern auch sein väterlicher Freund war. Groener schätzte an ihm die große Intelligenz und die Geschmeidigkeit, die sich in fremden Gedankengängen verblüffend rasch zurechtfindet. Darüber hinaus verfügt Schleicher auch über die Kunst, den Menschen das zu sagen, was sie gerne hören, und so war Groener dessen gewiß, eine zuverlässigere Stütze gar nicht finden zu können als eben Schleicher. Die Freundschaft hielt solange, bis Schleicher plötzlich bemerkte, daß das mit seiner lebhaften Zustimmung erlassene E.-L.-Verbot ein katastrophaler Fehler gewesen sei. Dieser plötzlichen Erkenntnis, über deren Richtigkeit hier nicht weiter geistert werden soll, verdankte dann Schleicher seinen schnellen Aufstieg vom Staatssekretär über den Reichswehrminister zum Reichskanzler.

Schleicher stammt aus einer alten Offiziersfamilie, aber er ist kein Eisenknecht und kein Kommandant. Keine von Standesdünkel, die irgendwo schummern mögen, weiß er gar nicht zu verbergen. Es fehlt ihm nicht an politischer Erfahrung, die er durch geschichtliche Studien vertieft hat. Seine Kenntnisse auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik hat er dagegen wohl mehr vom Hörensagen.

Das Gespräch ist überhaupt kein Element. Er pflegt es mit Leidenschaft. Beziehungen haben, Fäden anzufassen, soweit die deutsche Sprache klingt, das liegt ihm! Morgens ein Spazierritt mit dem Staatssekretär beim Reichspräsidenten, dann Frühstück mit dem Extraparagrafen, nachmittags in Gesellschaft von Nazis den Tee einnehmen und schließlich in einer stillen Salonette mit kommunikativen Führern eine

Abendstunde verplaudern — das ist für Schleicher ein gelungener Tag.

Adolf Hitler schwärmte eine Zeitlang für ihn wie ein Basillisk. Zur gleichen Zeit rennommierte der Exkronprinz mit seinem Freund Schleicher, der ihn bestimmt zum Reichserzherzog machen werde, und hörte mit diesem Geschwätz nicht eher auf, als bis seine Frau Kerven bekam, weil sich der Oberreichsanwalt löse für diese Geschichten zu interessieren begann.

Nicht gerade wählbarlich in seinen Freundschaften, war Schleicher natürlich auch ein Freund des Herrn von Papen. Er soll es sogar gewesen sein, der diesen Reichskanzler erfunden hatte — aber das behaupten nur seine schlimmsten Feinde, und er selber wird es sicherlich aufs entschiedenste bestreiten. Nicht bestreiten wird er — denn welcher Kluge würde bestreiten, was jedermann weiß? —, daß er eine der tragenden Kräfte des Papen-Kabinetts war und daß, er es war, der zum Sturz des Dr. Fall den bewaffneten Arm lieh. (Dies geschah nicht lange, nachdem er den „Vorwärts“ durch einen sehr interessanten und gut geschriebenen Beitrag bereichert hatte, für den ihm die Redaktion noch heute dankbar ist.)

Schleichers Verhältnis zur Republik und zur Linken unterlag mancherlei Wechseln. Bieleicht werden ihm die Sozialdemokraten trotz ihrer bekannten übertriebenen Gutmütigkeit eines Tages doch köpfen lassen müssen — vielleicht wird er einmal tie köpfen lassen, doch wird er das bestimmt nicht tun, ohne ihnen zuvor bewiesen zu haben, daß dies einzig und allein in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse geschähe.

Als Fünfzigjähriger steht er jetzt an der Spitze des Reichs, und es ist bestimmt nicht seine Absicht, nach kurzer Zeit als nörgelnder Pensionist bis zu seinem Lebensende spazieren zu gehen. Vom Kapitäl bis zum Tarpeischen Fels ist aber nur ein kurzer Weg. Schwierigkeiten gibt es ungezählte; doch von den sachlichen soll hier ja nicht die Rede sein, nur von den persönlichen. Und da wäre zum Schluß noch das eine zu bemerken: Schleicher hält sich für noch klüger als er ist, und er hält manchmal andere für noch dümmer als sie sind.

Auch das könnte ihm eines Tages zum Verhängnis werden...

Der Reichstag rüstet

Fraktionssitzungen — Präsidentenwahl

In drei Tagen soll der Reichstag zusammentreten; nachdem wir wieder einen Kanzler haben, wendet sich das Interesse der bevorstehenden Tagung der Volksvertretung zu.

Am Montagvormittag tritt der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende, nachmittags die Fraktion zusammen. Am selben Tage folgen das Zentrum, die Deutschnationalen und die ein Mann der Deutschen Volkspartei; am Dienstagvormittag die anderen Parteien. Wie schon mitgeteilt, wird die erste Sitzung vom nationalsozialistischen General Lohmann als Alterspräsident eröffnet, man hat sich Mühe gegeben, eine neue Rede von Klara Zetkin zu verhindern. Im übrigen sind wir mit Generale wieder hinreichend versorgt: der Reichspräsident ist Generalfeldmarschall, der Reichskanzler ist General, der Alterspräsident ist auch General — was kann uns noch fehlen?

Die eigentliche Präsidentenwahl soll anscheinend erst in einer zweiten Sitzung vorgenommen werden. Sicher ist nur die Kandidatur Göring.

Der nationalsozialistische Hauptmann wird mit den Stimmen des Zentrums und der Splitterparteien im ersten Wahlgang gewählt werden. Alle anderen Namen, die in der Presse genannt werden, sind Kombinationen, da die Fraktionen zur Wahl noch nicht Stellung genommen haben und noch erhebliche Differenzen bei den Parteien der Rechten selbst bestehen.

Eine Anzahl Ausschüsse sollen sofort eingesetzt werden. Die Bemühungen nehmen ihren Fortgang, die darauf abzielen, das Plenum zu einer Tagungspause bis nach Weihnachten zu bewegen und dann erst zu den Erklärungen des neuen Kanzlers zum Mißtrauensvotum und zu den Notverordnungen Stellung zu nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich an diesem Spiel jedoch nicht beteiligen, da sie eine politische Aussprache und die Erledigung ihrer Anträge zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und der Arbeitslosennot für äußerst dringlich hält. Die endgültigen Dispositionen sollen in der Kettenratsitzung festgelegt werden.

Klarer Weg aus der Krise

Patentlösung ohne den Patentinhaber

Der „Angriff“ von gestern Abend schlug noch einmal kräftig die Reklametrommel für Adolf Hitler und die Parole: Alles blickt auf Hitler! Er reklamierte:

„Mit Recht lehnt es daher der Führer ab, unsere nationalsozialistische Bewegung in diesen aussichtslosen Experimenten verbrauchen zu lassen. Er hat den klaren Weg aus der Krise gemahnt, einen Weg, der gleichzeitig das größte Entgegenkommen gegenüber den anderen Beteiligten enthält, und er hat in einem neuerlichen Schreiben an den Herrn Reichspräsidenten sich trotz allem, was inzwischen geschehen ist, neuerdings großzügig für diese Lösung zur Verfügung gestellt. Bei den Ratgebern des Reichspräsidenten scheint man aber noch immer persönliche Abneigungen über das Schicksal der Nation zu stellen.“

Was war Hitlers „Klarer Weg aus der Krise“? Man liest es gleich daneben im Zeitdruck:

„Ich werde neben anderen, aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als seinen mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General von Schleicher, für das Reichsaußenministerium Freiherrn von Neurath vorschlagen.“

Zur Stunde, als der „Angriff“ erschien, war Herr von Schleicher bereits zum Reichskanzler ernannt, Hitlers Patentlösung ohne ihn vollzogen — allerdings ohne Hitler als Reichskanzler. Alles blickt auf Hitler? Höchstens auf die Untertanen!

Ein Kriegsverratsprozeß

Nach 17 Jahren vor Gericht

Leipzig, 2. Dezember.

Dem 4. Straffenat des Reichsgerichts wurde heute vormittag der 42jährige Kraftfahrer August Jäger aus Erfurt zur Aburteilung vorgeführt, der am 29. Dezember v. J. auf der Straße verhaftet worden war.

Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, in der Nacht vom 14. April 1918 in der Stellung vor Langemarck übergelaufen zu sein und den Franzosen den ersten an diesem Frontabschnitt geplanten deutschen Gasangriff verraten zu haben. Jäger wurde in dieser Nacht von einer französischen Patrouille gefangen genommen. Er bestreitet sehr entschieden, irgendwelche verräterischen Aussagen gemacht zu haben. Es sei lediglich ein Gaspäckchen bei ihm gefunden worden, von dem er angegeben habe, daß dies zum Schutz der deutschen Soldaten gegen Gasgerüche diene.

Gegen Jäger, der im November 1919 aus der Gefangenschaft nach Deutschland zurückkehrte, war bereits im Jahre 1920 ein Verfahren wegen Kriegsverrat eingeleitet worden, das jedoch bald eingestellt wurde, da man Jäger damals nicht überführen konnte. Zehn Jahre später, im Juli 1930, erschien eine französische militärische Veröffentlichung über den ersten deutschen Gasangriff, in der der Verfasser ausführte, „daß ein deutscher Ueberläufer, August Jäger vom 234. Reserveinfanterieregiment, sich den französischen Jägern ergeben habe und un-zerwunden vernommen worden sei.“ Der Artikel behauptet weiter, daß Jäger alle Einzelheiten des geplanten Gasangriffs, wie den Einbau der Gasflaschen, die Stellung der Geschütze usw., dem Dolmetscher mitgeteilt habe. Auch in dem Tagebuch eines französischen Obersten, das seinerzeit in deutsche Hände fiel, war angeführt, daß in der Nacht zum 14. April ein Gefangener des 234. Regiments verraten habe, daß die deutschen Soldaten kurz vorher in Roulers Unterricht im Gasangriff erhalten hätten, und daß ein Angriff im Abschnitt Langemarck-Boeslappel geplant sei. Schon damals tam Jäger in Verdacht, denn er war der einzige in Gefangenschaft geratene Angehörige vom Regiment 234 bei diesem Angriff. Sein später gefallener Kompanieführer hatte ihn kurz vorher als einen feigen Deserteur bezeichnet. Jäger war vorher Kraftwagenführer bei der Brigade und soll dort wegen seiner zu engen Beziehungen zur Zivilbevölkerung abgelöst worden sein. Bei seinen Kameraden war Jäger, der sich wiederholt im Schützengraben trank gemeldet hatte, nicht beliebt.

Zur Verhandlung sind elf Zeugen und drei Sachverständige erschienen, darunter ein Vertreter des Reichswehrministeriums. Zu Beginn erklärte der Rechtsanwalt, daß er im Interesse der Landesverteidigung die Ausschließung der Öffentlichkeit von Fall zu Fall beantragen müsse.

Waffen und Sprengstoffe

Haussuchung

bei der „Schwarzen Front“

Bei den Rationalboltschewisten, die sich unter der Bezeichnung „Schwarz Front“ vor einloer Zeit einen eigenen Baden aufgemacht haben, ist gestern von der Politischen Polizei gehausucht worden. In drei Büros wurden Waffen, Munition und Sprengstoffe gefunden. Allem Anschein nach ist die Hausuchung auf Grund einer Denunziation erfolgt.

Vom Berliner Polizeipräsidenten wird hierzu mit-

geteilt: Bei der „Schwarzen Front“ sind auf Grund eingegangener Mitteilungen an drei Stellen, in Berlin und außerhalb, Durchsuchungen nach Waffen und Sprengstoffen vorgenommen worden. In Tegel wurden Bündschüre und Sprengstoffe gefunden und beschlagnahmt. Gestern vormittag wurden an zwei Stellen in Berlin, und zwar in der Wilhelmstraße und in der Zimmerstraße, mehrere Handfeuerwaffen, ein Karabiner, mehrere Sprengkapseln und Schriftstücke beschlagnahmt.

Das beschlagnahmte Material wird einer eingehenden Prüfung unterzogen. Mehrere Personen, die in den Räumen der „Schwarzen Front“ angetroffen wurden, sind festgenommen und ins Polizeipräsidium gebracht worden. Gegen zwei Festgenommene ist bereits Haftbefehl ergangen.

Einstein und USA.

Einreiseverbot verlangt

Eine reaktionäre Frauenorganisation in den Staaten hat die Regierung aufgefordert, Professor Einstein nicht einreisen zu lassen. Die Damen bezeichnen den Gelehrten als einen Kommunisten oder Anarchisten, ja sie sollen sogar ins Feld führen, die Relativitätstheorie könnte das brave, einfältige Volk des Dollarlandes der Ordnung, Sitte und legitimen Regierung abwendig machen.

Das amerikanische Staatsdepartement hat die Eingabe der Frauenorganisation an sämtliche amerikanischen Konsuln in Europa weitergeleitet. Damit ist diesen die Entscheidung in der Frage überlassen worden.

Angeblick wird dieser Blödsinn im Staatsdepartement so ernstlich wie gründlich erwogen. Würde das Ergebnis etwa sein, daß Einstein in der Einwandererhölle von Ellis Island auf die Entscheidung oder gar auf den Rücktransport warten müsse, so würde man allerdings einen Beweis mehr für die Relativität des Wertes höchstegepriesener Menschheitskultur haben.

Um Reins Kopf

Die Verteidigeranträge abgewiesen

In der Strafsache gegen den Briefträgermörder Reins sind, wie die Justizpressestelle mitteilt,

Frankreichs zweite Note

Abermalige Bitte um Zahlungsaufschub

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 2. Dezember.

Die zweite französische Note an Amerika ist am Freitagvormittag in Paris veröffentlicht worden.

Die französische Regierung stellt in diesem sehr umfangreichen Schriftstück zunächst mit Genugtuung fest, daß Präsident Hoover bereit ist, dem Kongress eine neue Prüfung des Schuldenproblems zu empfehlen. Die Notwendigkeit einer Neuregelung des Schuldenabkommens sei, so heißt es in der Note, so dringend, daß man kaum verstehen könne, daß ein der wirtschaftlichen Lage nicht mehr entsprechendes Abkommen trotzdem ausgeführt werden solle. Die französische Regierung lege Wert auf die Feststellung, daß es niemals ihre Absicht gewesen sei, den juristischen Wert der verschiedenen Verpflichtungen zu beseitigen, die dem Schuldenabkommen zugrunde liegen. Im übrigen weise sie darauf hin, daß ihr Antrag auf Zahlungsaufschub so wie sie ihn gestellt habe, die Rechte der Parteien vollkommen intakt lasse. Dieser Antrag scheine infolgedessen der französischen Regierung nicht über den Antrag hinauszu-gehen, den Hoover selbst im vorigen Jahre gestellt habe. Er sei nach ihrer Ansicht vielmehr die normale, gerechte und notwendige Folge des Hoover-Moratoriums.

Die Note begründet dann den Antrag auf Zahlungsaufschub mit der Durchführung des Hoover-Moratoriums, das alle bestehenden Abkommen, vor allem den Young-Plan, außer Kraft gesetzt habe, mit den Abmachungen zwischen Laval und Hoover, mit dem Lausanner Abkommen, das Deutschland außer einer Verringerung seiner Schuld um 90 Prozent ein dreijähriges Moratorium verschafft habe, mit dem Bericht der Baseler Sachverständigen, die einstimmig jede Ueberweisung von Zahlungsmitteln ohne Gegenleistung als

Schädlich für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft

verurteilt haben, und schließlich mit der schwierigen Finanzlage Frankreichs, die man im Ausland oft schlecht verstehe. Die Note erwähnt aber nichts von der Entscheidung, die das französische Parlament bei der Ratifizierung des Schuldenabkommens angenommen hat und die besagt, daß Frankreich nur in dem Maße seine Schulden zurückzahlen würde, in dem es von Deutschland die Reparationen erhalte.

Der Schluß der Note lautet: „Auf Grund dieser

Und ER schreibt Briefe . . .



„Alles blickt auf Adolf Hitler!“ („Völkischer Beobachter“)

Gangster-Statistik

Alkoholschmuggel nach USA.

die Anträge der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Fuchs und seines Unter.enollmächtigten Rechtsanwalt Dr. Falk abgelehnt worden, durch die eine Entscheidung über die Zulässigkeit eines etwaigen Vollzugs der erkannten Todesstrafe gemäß § 458 der StPO. nachgesucht wurde. In den Gründen führt die Strafkammer aus, daß die Entschlüsselung der zuständigen Stelle, von ihrem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen, die Voraussetzung für die Vollstreckung der Todesstrafe sei. Da diese Entschlüsselung noch nicht erfolgt sei, sei für eine Entscheidung nach § 458 StPO. kein Raum. Theoretische Erörterungen über die Befugnisse zur Ausübung des Gnadenrechts im Hinblick auf etwaige künftige Möglichkeiten anzustellen, liege außerhalb des Rahmens der dem Gericht durch § 458 StPO. zugewiesenen Befugnisse.

Nach einem Bericht der Prohibitionsbehörde wurden seit dem 30. Juni d. J. 17 402 Personen wegen Vergehens gegen das Prohibitionsgesetz unter Anklage gestellt und davon nur 1818 freigesprochen. Die Gerichte haben in diesem Zeitraum für Prohibitionsvergehen rund 5500 Jahre Freiheitsstrafen verhängt.

Englischer Optimismus

Der englische Wirtschaftssachverständige Sir Walter Layton sagte in einer Rede in Oxford, das nächste Jahr dürfte eine Erholung des Handels und im Anschluß daran eine stetige Aufwärtsbewegung bringen, vorausgesetzt, daß keine Störungen eintreten. Einige kleinere Anzeichen einer Besserung seien bereits bemerkbar oder zumindest bemerkbar gewesen. Die englischen Arbeitslosenziffern seien etwas gesunken und ebenso wolle der Export leichte Symptome einer Besserung auf. Es habe allen Anschein, als ob im letzten Sommer das Schlimmste überstanden worden sei. Der enge Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftsleben und den politischen Ereignissen sei erstaunlich. Es komme viel darauf an, in welcher Richtung sich die politischen Ereignisse bewegten.

Reaktion in der Schweiz

Alle kommunistischen Beamten entlassen -- Bundesrat gegen Freilassung

Berna, 2. Dezember.

Der Bundesrat hat einen Beschluß gefaßt, wonach alle kommunistischen Beamten, Angestellte und Arbeiter aus dem Bundesdienst ausgeschlossen werden sollen. Der Beschluß tritt sofort in Kraft.

Der Anwalt des in Untersuchungshaft sitzenden sozialistischen Abgeordneten Nicole hatte für seinen Mandanten einen Haftentlassungsantrag gestellt, damit er an der Bundesversammlung teilnehmen könne. Der Bundesrat (Zentralregierung) spricht sich in einem Berichte an die Bundesversammlung dagegen aus, Nicole die parlamentarische Immunität zu gewähren. Ein endgültiger Beschluß wird in dieser Angelegenheit vom Nationalrat gefaßt werden.

Ende des Republikschuldgesetzes. Das Republikschuldgesetz endet mit dem 31. Dezember dieses Jahres. Eine Reihe von Bestimmungen dieses Gesetzes sind in spätere Rechtsverordnungen des Reichspräsidenten übernommen und zum Teil noch verkündet worden. Zuerst wird im Reichsaussenministerium geprüft, ob und welche Bestimmungen des Republikschuldgesetzes nach dem 31. Dezember durch eine Rechtsverordnung des Reichspräsidenten weiter in Kraft gesetzt werden sollen.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine Voll-sitzung ab. Es wurde beschlossen, die Abkommen zur Vereinheitlichung des Wechselrechts und den Entwurf eines Wechselgesetzes erneut beim Reichstag in der Fassung einzubringen, die der Reichsrat früher schon beschlossen hatte. Der Text soll lediglich den Vereinbarungen angepaßt werden, die inzwischen mit den Delegierten der Schweiz und Oesterreichs getroffen worden sind. Ferner billigte der Reichsrat die Einbringung der Abkommen zur Vereinheitlichung des Wechselrechts beim Reichstag.

Vorläufig keine Antwort Americas

Washington, 2. Dezember.

Präsident Hoover hatte während einer Kabinettsitzung eine ausgedehnte Besprechung über die britische und französische Kriegsschuldennote. Ein Ergebnis dieser Besprechung wurde nicht bekanntgegeben. Staatssekretär Stimson ließ durchblicken, daß vorerst keine Antworten an England und Frankreich geplant seien.

Roosevelt für Hilfe, aber gegen Streichung

New York, 2. Dezember.

Der zukünftige Präsident Roosevelt behandelt die Schuldenfrage im Januarheft des Cosmopolitan. Er kommt zu dem Schlusse, daß der gesunde Menschenverstand verlange, den Schuldner auf jede mögliche Art zu helfen. Eine Streichung der Schulden aber lehnt Roosevelt ab. Die Frage des Zahlungsaufschubs wird von ihm überhaupt nicht angefaßt.

Berechtigungschein für Arbeitslosigkeit

Überall: Studentenjugend in Not

Wenn heute ein junger Mensch auf der Straße vor Hunger nicht mehr weiter kann und zusammenbricht, dann reißt sich eigentlich niemand mehr sonderlich auf. Als es sich vor einigen Tagen in so einem Falle herausstellte, daß es sich um einen jungen arbeitslosen Akademiker handelte, schüttelten die Leute mit dem Kopfe. „Aber das ist doch gar nicht möglich“, sagten sie. Denn es ist heute noch so, daß sich viele Leute nicht vorstellen können, daß auch Akademiker hungern. Es ist ihnen nicht bekannt, daß sich unter dem Millionenheer der Arbeitslosen eine im Verhältnis zwar geringe, aber ständig steigende Zahl von Menschen befindet, die eine langjährige hochschulmäßige Ausbildung hinter sich haben und nun trotz allerhand „Berechtigungscheine“ vor dem Nichts stehen. Es ist kennzeichnend für die Situation der jungen Studenten und Akademiker, daß viele von ihnen der Aussichtslosigkeit ihres Studiums zu entrinnen hoffen, indem sie sich dem Nationalsozialismus in die Arme werfen. Von ihm glauben sie, daß er ihnen die alte bevorzugte und gesicherte Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft wiederherstelle.

Dabei ist der Andrang zu den Hochschulen und Universitäten trotz aller schlechten Berufsaussichten für Akademiker unvermindert stark, ja, die Zahl der Abiturienten, die alljährlich zu den Hochschulen strömen, wächst von Jahr zu Jahr. Dieser nächsten Jahres werden wieder etwa 42000 junge Leute die Überfülle an den Hochschulen vermehren helfen. Die meisten der jungen Menschen werden gar nicht einmal von unwiderstehlichem Drang zur Wissenschaft getrieben, sondern besuchen die Hochschule lediglich, weil alle anderen Berufe ebenfalls versperrt sind und weil sie durch ihr Studium der Untätigkeit und dem Herummühen entgehen wollen. Auf diese Weise wird aber die Zahl der erwerbslosen Akademiker immer mehr gesteigert, so daß man in drei bis fünf Jahren mit einer Zahl von gut 120000 — wenn nicht mehr — erwerbslosen Akademikern rechnen kann. Das würde bedeuten, daß so nahezu jeder dritte Akademiker erwerbslos ist. Es besteht eigentlich auch keine Aussicht, etwa bei einer beginnenden Konjunktur diese Zahl zu verringern, denn man rechnet in Deutschland mit etwa 350000 bis 400000 akademischen Berufsstellen, eine Zahl, die sich nicht ohne weiteres erhöhen läßt.

Die Neurose der jungen Akademiker ist aus diesem Grunde durchaus verständlich. Viele von ihnen haben zwar durch ihre Familie einen Rückhalt, aber eine ganze Anzahl von ihnen hat heute schon die Not an eigenen Leibe kennengelernt. In verschiedenen deutschen Großstädten haben sich die jungen Akademiker aus dieser Notlage heraus zu einer Selbsthilfe zusammengeschlossen. Auch in Berlin besteht eine „Akademische Selbsthilfe“, die im ersten Jahre ihrer Tätigkeit bereits in einer ganzen Anzahl von dringenden Fällen helfen konnte. Über tausend Hilfsbedürftige haben die Fürsorgestelle dieser Organisation bereits aufgesucht, und mehrere hundert von ihnen werden fortlaufend betreut. Denn es ist leider nur möglich, in den wirklich dringendsten Fällen zu helfen. Alle, die irgendwie noch durch ihre Familie unterstützt werden können, müssen zurückgewiesen werden.

Es bleiben genug Fälle übrig, in denen junge Akademiker tatsächlich vor dem Nichts stehen. Zehn, zwölf oder noch mehr Semester haben sie studiert, viele von ihnen schon unter den größten Schwierigkeiten, und nun sind sie am Ende ihrer Kräfte, hoffnungslos und grausam ernüchtert verzweifeln sie am Leben, da sie oft nicht wissen, ob sie am anderen Tage noch etwas zu

essen haben werden. Man versucht ihnen zu helfen, indem man ihnen zuerst einmal einen freien Mittagstisch verschafft und, wenn es möglich ist, noch freie Wohnung dazu, damit sie wenigstens vor dem Verhungern geschützt sind und nicht auf der Straße verkommen. Anderen hilft man schon durch eine Beratung und den Hinweis auf Arbeitsamt oder Wohlfahrtsamt, denn gerade den Weg zum Wohlfahrtsamt finden die jungen Menschen aus einem Gefühl der Scham heraus oft nur sehr schwer.

Arbeit kann man ihnen natürlich nicht verschaffen. Man kann gelegentlich einmal Nachhilfestunden vermitteln oder beim Antnipfen von Beziehungen helfen — aber das ist alles. Manche sind durch die Untätigkeit so verzweifelt, daß sie um Arbeit direkt betteln — und wenn sie ehrenamtlich ist, aber nur etwas zu tun haben wollen sie. Doch die „Selbsthilfe“ lehnt es prinzipiell ab, auf diese Weise noch in Arbeit befindliche Akademiker brotlos zu machen. Aber bezeichnend ist dieser Wunsch für eine Zeit und eine Gesellschaft, die Mühe und Kosten darauf verwendet, hochqualifizierte Funktionäre heranzubilden und sie auf der Straße sitzen läßt.

Feierstunde für Erwerbslose

In der Schulaula Peterburger Straße 4 hatte die Arbeiterbildungsschule, Bezirk Friedrichshain, eine Feierstunde für Erwerbslose veranstaltet. Dichtgedrängt sahen

die Menschen, Alte und Junge, und man merkte es ihnen an, sie suchten nach Entspannung vom trostlos-grauen Alltag.

Das Kammertrio des DMB. spielte zum Auftakt die Titus-Ouvertüre und eine Phantasie aus „Hoffmanns Erzählungen“. Dann brachte das Sängerkwartett des Deutschen Freidenker-Verbandes Kampf- und Freiheitslieder zum Vortrag. Thießens „Widruf“, „Auf Brüder, auf“ von Knöchel und das „Aufgebot“ mit Orchester desselben Komponisten. Voll und kräftig klangen Männerstimmen und die Worte hallten wieder in Ohr und Herz der Zuhörer. Marta John rezitierte mit schönem, starken Empfinden Tollers „Kampf mit dem lieben Gott“, die Geschichte jenes kleinen Jungen, der über der menschlichen Ohnmacht gegenüber gottgewollten Schicksalsfügungen zusammenbricht. In Siegfried von Gegeßels Versen der Rot ward ihre Stimme zur gellenden Anklägerin der toten und lebendigen Dpfer. Genosse Reihofe vom Deutschen Freidenker-Verband sprach schlichte, tiefempfundene Worte von der Rot, die uns vereint zu einer großen, starken Gemeinschaft. Kampf heißt die Parole, denn es heißt, die Daseinsrechte zu erhalten und zu verbessern. Die ganze Welt jener Beknechteten, Verdrängten, Unterdrückten hat sich zusammengeschlossen und schlägt das Band immer fester. So soll auch diese Feierstunde das Bekenntnis der Solidarität aller Gleichgesinnten in guten und in schweren Stunden aufs Neue besiegeln. Eine Reihe weiterer musikalischer, gesanglicher und rezitatorischer Darbietungen beschloßen die schöne, eindruckstarke Stunde.

Bestechungsfandal aufgedeckt

Eine halbe Million Mark Schmiergelder

Bei der Staatsanwaltschaft schwebt gegenwärtig eine große Unterjuchung, die von Staatsanwaltschaftsrat Seiden Spinner geführt wird. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden ein Makler Jannewein, der als selbständiger Agent u. a. auch für die Druckerei Preuß in der Dresdener Straße tätig war, und ein Angestellter der „Agfa“, die zum JG-Konzern gehört, ein gewisser Dünneemann festgenommen. Der Makler J. wird beschuldigt, an den Angestellten D. Schmiergelder für Aufträge gezahlt zu haben. Die Zahlungen fanden in den Jahren 1925 bis 1931 statt und sind von dem Angestellten D. auch an andere Personen weitergeleitet worden. Bei einer Kontrolle durch die JG. wurden die großen Bestechungen jetzt aufgedeckt. Die beiden Beschuldigten wurden festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt, der bereits Haftbefehl erlassen hat.

Der Makler J. pflegte derart seine Geschäfte zu tätigen, daß er großen Druckereien Aufträge überbrachte, für die er entsprechende Provisionen bezog, die höchstwahrscheinlich noch geteilt wurden. J. arbeitete als selbständiger Agent auch für die Druckerei Preuß, die bis zum Juni dieses Jahres für die Agfa arbeitete. Von da an unterblieben weitere Geschäftsverbindungen. Es wird vermutet, daß die von dem Agenten J. an den Angestellten der Agfa D. gezahlten Bestechungsgelder für Aufträge bereits eine Höhe von einer halben Million Mark erreicht haben. Ob die Angabe dieser Summe zutrifft, muß erst noch die Untersuchung ergeben. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der Makler J.

zur Zeit in ein Steuerstrafverfahren verwickelt ist. Er dürfte ein Interesse aus diesem Grunde daran haben, die Summe der Bestechungsgelder zu erhöhen, um bei dem Steuerverfahren günstig wegzukommen. Inzwischen hat die Untersuchung ergeben, daß ein weiterer Angestellter der Agfa teilweise Bestechungsgelder über den Angestellten D. erhalten hat. Dieser Mann ist vor etwa 7 Jahren gestorben und war bei der Einkaufsstelle der Agfa tätig.

Die Firma Preuß aus der Dresdener Straße teilt dazu mit, daß sie mit dem Bestechungsfandal nicht in Verbindung steht. Der Makler J. war als selbständiger Kaufmann auch für diese Druckerei tätig und brachte ihr nur die einzelnen Aufträge, die er erhalten hatte. Niemand die gegen die beiden Festgenommenen erhobenen Beschuldigungen zutreffen, muß erst noch die weitere Untersuchung ergeben.

Zwei schwere Anfälle!

Wer sind die Toten?

In den gestrigen Abendstunden ereigneten sich mehrere tödliche Verkehrsunfälle. Vor dem Haupte Berliner Str. 226 in Weißensee wurde eine etwa 60jährige Frau beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Lieferauto überfahren. Die Verunglückte wurde mit schweren inneren Verletzungen ins Weissenfer Krankenhaus

gebracht, wo sie bald nach ihrer Aufnahme gestorben ist. — Der zweite tödliche Unfall trat in der Neuen Krug-Allee in Bries zu. Dort wurde ein etwa 28 bis 30 Jahre alter Radfahrer von einem Lieferauto erfasst. Die Räder des schweren Fahrzeuges gingen so unglücklich über den Mann hinweg, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche wurde ins Schauhaus gebracht. Die Kriminalpolizei ist in beiden Fällen bemüht, die Personalien der bisher unbekannt Toten zu ermitteln.

Bei einem Zusammenstoß an der Ecke Johanne- und Kantstraße zwischen einer Autodroschke und einem Lieferauto wurden zwei Personen lebensgefährlich verletzt. Die Verletzten fanden im Weidenbachkrankenhaus Aufnahme.

„Nationaler“ Verleumder
Beleidigung von Dr. Sahm und Wutzki

Vor dem Landgericht II stand gestern der Kaufmann Hermann Penner, einer von der Sorte der „nationalen“ Verleumder. Dem Gericht stellte er sich als Hugenberg-Jünger vor.

Von Hause aus Kaufmann, zeigte er schon von früher Kindheit an, wie er stolz von sich berichtet, eine besondere Vorliebe für's Bauen. In der Inflation erwarb er sich in Berlin durch Häuser- und Villenverkäufe ein Vermögen von 50000 Goldmark. Ob er im Jahre 1925, als er am Bahnhof Witzleben ein Grundstück erwarb, tatsächlich 50000 Mark bezahlte, soll erst die Verhandlung ergeben. Jedenfalls gründete er eine Hausgenossenschaft am Bahnhof Witzleben, arbeitete große Baupläne in Höhe von anderthalb Millionen Mark aus, nahm Hypotheken auf bei der Stadtschaft der Provinz Brandenburg und bei der Stadtgemeinde Berlin. Die fehlenden Summen sollten durch Mieterdarlehen aufgebracht werden. Die Baupläne wurden genehmigt. Im Jahre 1926 war der Rohbau fertig. Es entstanden finanzielle Schwierigkeiten. Penner wandte sich an die Wohnungs-Fürsorge-Gesellschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender Stadtrat Wutzki war, und bat um Mietzinssteuerzuschüsse. Das Ersuchen wurde abgelehnt. Es kam zur Zwangsversteigerung. In diesem Augenblick beginnt der Kampf Penners gegen den Stadtrat Wutzki.

Oberbürgermeister Böß verwies ihn auf den Weg der Schadenersatzklage; er wurde in sämtlichen Instanzen abgewiesen. Im Jahre 1931 legten die beleidigten Briefe an Stadtrat Wutzki und Oberbürgermeister Dr. Sahm ein. Er ließ sich zu den tödlichsten, niederträchtigsten Beschimpfungen hinreißen, nannte Wutzki einen schuftigen und marxistischen Verbrecher, zieh ihn der gewaltsamen Zwangsentzweiung mit bolschewistischen Methoden, durch die er ihn ruiniert und seine Frau unter die Erde gebracht habe, drohte dem Oberbürgermeister Dr. Sahm mit Vergeltung und Rahe, warf ihm vor, er decke den marxistischen Verbrecher Wutzki; seine Verfassungsrede, in der er von der Not des deutschen Volkes gesprochen habe, sei eine einzige große Heuchelei gewesen, er würde sein Material der „führenden nationalen Opposition Hugenberg und Hitler“ übermitteln. Dabei zitierte er die Rede Hugenbergs in Stettin. Der Oberpräsident und Bürgermeister Dr. Sahm haben wegen der fortgesetzten Beleidigungen gegen den „nationalen“ Kaufmann Penner die Strafanzeige wegen Amtsbeleidigung gestellt. Stadtrat Wutzki ist als Nebenkläger zugelassen.

Führung durch Spandau von E. Trintaus am Sonntag, 4. Dezember. Treffpunkt am Eingang zur Stadelle, 10.15 Uhr, Straßenbahn 64.

Wo man anspruchsvoll ist, wählt man „Saba“



Starkes Format
unerreichte Qualität
Köstliche Frische!

Der Raucher stellt heute mit Recht an eine 3 1/3 Pfg.-Cigarette die höchsten Ansprüche. Deshalb bevorzugt der Berliner „Saba ohne“, weil sie immer gleich gut und ständig frisch ist.

KÖNIGIN VON **Saba** ohne

5 Stück 20 Pfg.

